

Demary, Markus

Article

IW-Bankenmonitor: Bringt die Bankenprüfung der Europäischen Zentralbank das Vertrauen in den Euroraum zurück?

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Demary, Markus (2014) : IW-Bankenmonitor: Bringt die Bankenprüfung der Europäischen Zentralbank das Vertrauen in den Euroraum zurück?, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 41, Iss. 1, pp. 33-48,
<https://doi.org/10.2373/1864-810X.14-01-03>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/157097>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

IW-Bankenmonitor: Bringt die Bankenprüfung der Europäischen Zentralbank das Vertrauen in den Euroraum zurück?

Markus Demary, März 2014

Bevor die Europäische Zentralbank die oberste Bankenaufsicht innerhalb der Bankenunion im November 2014 übernimmt, wird sie die 128 größten und systemrelevanten Banken des Euroraums einer umfassenden Bilanzprüfung unterziehen. Um die Konsolidierung im Bankensektor und den Aufbau der Bankenunion wissenschaftlich zu begleiten, wurde der IW-Bankenmonitor entwickelt. Die Auswertungen deuten darauf hin, dass der Großteil der untersuchten Banken stabil ist, während bei einem kleinen Teil der Banken erhebliche Probleme zu vermuten sind. Um den Ausbruch einer erneuten Vertrauenskrise zu vermeiden, sollte die Europäische Zentralbank schon jetzt ihre Lösungsstrategien für den Umgang mit diesen Problemen kommunizieren.

Stichwörter: Bankenaufsicht, Asset Quality Review, Europäische Zentralbank

JEL-Klassifikation: E44, E58, E61, G01, G21

Bankenaufsicht im Euroraum

Am 1. November 2014 startet die gemeinsame europäische Bankenaufsicht als erste Säule der geplanten Bankenunion. Dieser Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM) stellt zusammen mit dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) und den harmonisierten Standards für die Einlagensicherung die drei Säulen der Bankenunion dar. An der Spitze des SSM steht die Europäische Zentralbank (EZB). Sie führt die Aufsicht über die großen und systemrelevanten Banken durch, während die nationalen Bankenaufsichtsbehörden im Normalfall die kleineren Banken beaufsichtigen. Um sicherzustellen, dass nur „gesunde“ Banken in den SSM aufgenommen werden, erstellt die EZB bis zum Oktober 2014 eine umfassende Bewertung („comprehensive assessment“) der Banken, die unter ihrer direkten Aufsicht stehen (EZB, 2013a). Diese Bewertung besteht aus einer aufsichtlichen Risikobewertung, bei der die Hauptrisikofaktoren im Bankensektor ermittelt werden, einer Prüfung der Qualität der Bankaktiva (Asset Quality Review), die Aufschluss über notleidende Vermögenswerte in den Bankbilanzen bringen soll, und einem Stresstest, der die Schockabsorptionsfähigkeit der Banken unter einer simulierten Stresssituation ermitteln wird. Die Ergebnisse werden

von den Finanzmarktteilnehmern, der Politik und der Öffentlichkeit mit Spannung erwartet. Legt die Bilanzprüfung große Probleme bei den Banken offen, stellt sich die Frage, wie diese gelöst werden sollen. Die Befürchtung liegt nahe, dass das Versprechen der Politik, die Steuerzahler nicht mehr für Bankenverluste aufkommen zu lassen, möglicherweise nicht gehalten werden kann, weil sich die Bankenunion noch im Aufbau befindet und der gemeinsame Bankenabwicklungsfonds nach derzeitiger Planung erst in zehn Jahren einsatzbereit ist. Somit besteht die Gefahr, dass neue Unsicherheiten entstehen und die Schuldenkrise im Euroraum erneut aufflammen könnte.

Institutionelles Umfeld

Das institutionelle Umfeld der Bankenaufsicht ist durch die Umsetzung von zahlreichen Regulierungsmaßnahmen gekennzeichnet. Zum Aufbau der Bankenunion wurden wichtige Schritte beschlossen. Die EZB und die nationalen Aufsichtsbehörden müssen sich nicht nur neu organisieren, sondern die EZB muss auch Personal aufbauen, um ihrem Aufsichtsmandat effektiv nachkommen zu können. Die operative Aufsicht im Rahmen der umfassenden Bankbilanzprüfung kann sie aktuell nicht allein tragen und sie wird deshalb durch externe Wirtschaftsprüfer unterstützt. Ein Problem besteht zudem darin, dass die genaue Ausgestaltung des SRM noch mit dem Europäischen Parlament abgestimmt werden muss. Die Abwicklungsrichtlinie, die die notwendigen Instrumente für eine Restrukturierung und Abwicklung von Banken in Schieflage bereitstellt, ist zwar beschlossen, letztlich können aber nicht alle Instrumente sofort eingesetzt werden. Die ab August 2013 geltenden neuen Regeln für eine staatliche Beihilfe für Banken sehen immerhin vor, dass eine begrenzte Beteiligung der nicht bevorrechtigten Gläubiger stattfinden muss, bevor staatliche Gelder fließen dürfen. Eine umfassendere Beteiligung auch der bevorrechtigten Gläubiger gemäß der Abwicklungsrichtlinie ist erst ab dem 1. Januar 2016 möglich (Europäisches Parlament, 2013). Es ist noch unklar, nach welchen Regeln eine Gläubigerbeteiligung in der Zwischenzeit durchgeführt wird. Problematisch ist ebenfalls, dass möglicherweise andere Banken, die Gläubiger einer Bank sind, in Schieflage geraten. In diesem Fall würden durch einen Bail-in (Beteiligung von Gläubigern oder Anlegern) Verluste bei den anderen Banken anfallen und Gefahren für die Systemstabilität entstehen. Dieses Problem löst die Abwicklungsrichtlinie nur unzureichend, indem sie den Bankaufsehern diskretionäre Ausnahmen von einem Bail-in gestattet (Rat der Europäischen Union, 2013).

Die Politik muss jetzt für Klarheit über den Einsatz von aufsichtsrechtlichen Instrumenten zu einem Bail-in und zu einer Abwicklung sorgen, damit ungünstige Ergebnisse der Bankbilanzprüfung nicht zu Störungen an den Finanzmärkten führen. Dies dürfte wiederum auch negative Auswirkungen auf die Märkte für Staatsanleihen und die Tragfähigkeit der

Staatsfinanzen haben. Auch muss gesehen werden, dass die EZB aufgrund des Verfahrens vor dem deutschen Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof möglicherweise nicht mehr oder nur eingeschränkt am Markt für Staatsanleihen aktiv werden kann, wenn dort Probleme auftauchen. Es fehlt hier im Vorfeld der Veröffentlichung der Ergebnisse der Bankbilanzprüfung an Rechtssicherheit über den Einsatz dieses Instruments der EZB.

IW-Bankenmonitor

Vor dem Hintergrund dieses institutionellen Umfelds und der Gefahr eines erneuten Ausbruchs einer Vertrauenskrise ist eine empirisch fundierte wissenschaftliche Politikberatung angebracht. Dieser Aufgabe kommt der IW-Bankenmonitor nach. Grundlage der empirischen Begleitung sind Auswertungen einer zu diesem Zweck erstellten Datenbasis mit Kennzahlen zu den direkt von der EZB überwachten Banken. Mithilfe des Datenanbieters Bloomberg lassen sich für 50 bis 103 der insgesamt 128 von der EZB überwachten Banken Kennzahlen für die Jahre 2007 bis 2012 abbilden. Für die weiter zurückliegenden Jahre 2000 bis 2006 liegen Kennzahlen nur für 40 bis 89 Banken vor. Mit den Quartalsdaten konnten trotz einer weniger guten Datenabdeckung vergleichbare Ergebnisse erzielt werden. Für das letzte Quartal 2013 liegen jedoch weniger als 50 Datenpunkte vor, sodass auf eine Auswertung dieses Quartals verzichtet wurde.

Dieser Datensatz mit Individualdaten ist für die Analyse von Systemrisiken besonders geeignet. Denn Systemrisiken müssen sich nicht in Durchschnittswerten zeigen, die üblicherweise publiziert werden. Vielmehr reichen bereits ungünstige Ausprägungen von Kennzahlen bei mehreren einzelnen Banken aus, soweit diese aufgrund ihrer Größe und Vernetzung von Bedeutung für die Stabilität des Euroraums sind. Deshalb ist eine Auswertung erforderlich, die sich auf die am schlechtesten aufgestellten Banken konzentriert. Dies lässt sich durch den Vergleich von Quantilswerten erreichen. Trotz der Datenlücken bei einigen Kennzahlen bildet der IW-Bankenmonitor die Situation der großen und systemrelevanten Banken des Euroraums hinsichtlich der notleidenden Kredite in ihren Bilanzen, ihrem Verschuldungsgrad, ihrer Liquiditätsausstattung und ihrer Profitabilität gut ab. Zusammen mit den Daten zur Beschreibung des makroökonomischen Umfelds beschreibt der IW-Bankenmonitor die Risiken im Bankensektor. Mit Blick auf das aktuelle regulatorische Umfeld können schließlich Politikempfehlungen für die EZB und die nationalen Aufsichtsbehörden abgeleitet werden.

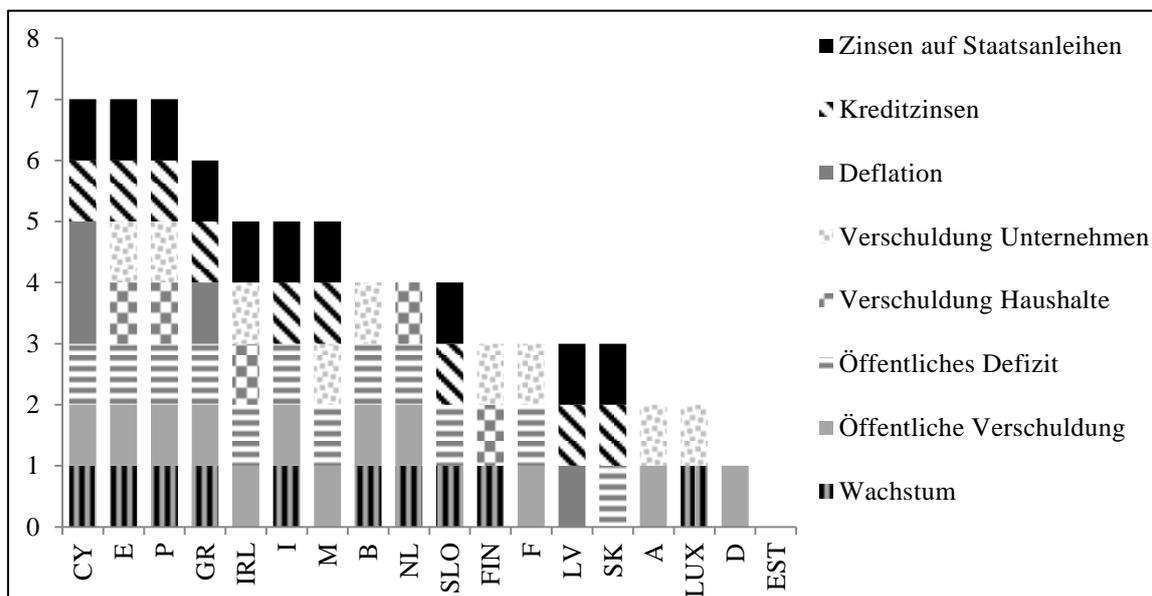
Makroökonomisches Umfeld

Die Europäische Bankenunion startet vor dem Hintergrund eines fragmentierten Finanzmarktes im Euroraum. Diese Fragmentierung spiegelt sich in einem makroökonomischen Umfeld wider, in dem einige Länder von einer Reihe von wirtschaftlichen Problemen betroffen sind, während andere Länder bereits aus der Krise herausgefunden haben. Die ökonomische Konvergenz hat zuletzt abgenommen (Goecke, 2013). Anhand von acht ausgewählten Indikatoren – Wirtschaftswachstum, öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung, Verschuldung der nichtfinanziellen Unternehmen, Verschuldung der Haushalte, der Höhe der Kreditzinsen und der Zinsen auf Staatsanleihen sowie Deflationsgefahr – bestätigt sich dieses Bild (Abbildung 1). Eine ungünstige Ausprägung ist hier als eine negative Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (Rezession), ein Verstoß gegen die Maastricht-Kriterien, eine private Verschuldung oberhalb des Durchschnitts der Euroländer oder durch überdurchschnittlich hohe Zinsen dargestellt.

Abbildung 1

Makroökonomische Bewertung

Anzahl der Indikatoren mit einer ungünstigen Ausprägung, Angaben für die Mitglieder des Euroraums im Jahr 2013



Quellen: EZB; Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Eine ungünstige Wirtschaftslage war im Jahr 2013 in Zypern, Spanien, Portugal, Griechenland, Irland, Italien und Malta zu verzeichnen. In diesen Ländern weisen mindestens fünf von acht Indikatoren ungünstige Werte auf. Hierzu gehören eine Rezession, Probleme mit den Staatsfinanzen und hohe Zinsen auf Unternehmenskredite. Vor allem in Spanien, Portugal und Irland weisen die Unternehmen eine hohe Verschuldung auf, was ihre Möglich-

keiten zur Kreditaufnahme beschränkt und damit auch die privaten Investitionen negativ belastet. Banken sind zudem in vielen Krisenländern nur bereit, den verschuldeten Unternehmen Kreditlinien zu sehr hohen Zinsen zu gewähren. In Spanien, Portugal und Irland kommt auch eine hohe Verschuldung der privaten Haushalte hinzu. Dies schränkt zukünftige Wachstumspotenziale über den Privaten Konsum ein. Zudem zeigt sich eine enge Verbindung von Banken und Staaten. Mit den hohen Zinsen auf Staatsanleihen gehen hohe Zinsen auf Bankkredite einher. Denn die Refinanzierungsbedingungen für die Banken hängen noch immer sehr stark von der Bonität ihrer Staaten ab (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2013). So führt eine niedrige Bonität eines Staates zu einem schlechten Rating für die Banken in diesem Land, wodurch sich die Refinanzierungskosten erhöhen. Vor diesem Hintergrund ist es für die Banken in den Krisenländern weiterhin schwierig, die niedrigen Leitzinsen der EZB an die Unternehmen weiterzugeben (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2013). Es muss damit gerechnet werden, dass ungünstige Nachrichten über die Lage der Banken die ungünstige Wirtschaftslage in diesen Ländern noch verschlechtert.

Dagegen weisen Österreich, Luxemburg und Deutschland höchstens zwei Indikatoren mit negativen Ausprägungen auf. Estland hat bei keinem Indikator einen negativen Wert. In Deutschland und Österreich wirken die Staatsschulden negativ, in Österreich kommt noch eine hohe Verschuldung der Unternehmen hinzu. Ein zügiger Konsolidierungsprozess im Bankensektor wird dort nicht durch ungünstige Wirtschaftsdaten erschwert.

Die Länder im Mittelfeld weisen zwischen drei und vier Indikatoren mit einer ungünstigen Ausprägung auf. Hierzu gehören die ungünstige Lage der Staatsfinanzen in Belgien, den Niederlanden und Frankreich, die Verschuldung der Unternehmen in Belgien, Finnland und Frankreich sowie die Verschuldung der privaten Haushalte in den Niederlanden und Finnland. In diesen Ländern behindert die Wirtschaftslage eine Konsolidierung der Banken nicht nennenswert. Auch ungünstige Nachrichten über die Lage der Banken sollten dort nicht zu einer Krise führen, sie könnten aber die Erholung verlangsamen.

Vorhandene Risiken in den Bankbilanzen

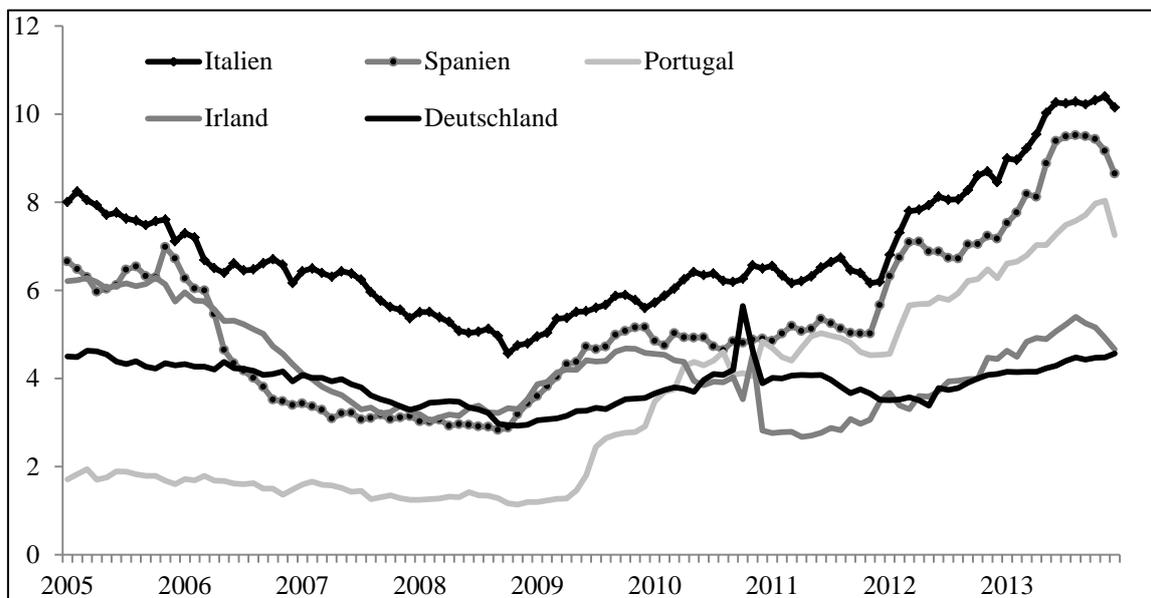
Die Märkte für europäische Staatsanleihen können bei ungünstigen Nachrichten über die Finanzen der Krisenländer wieder unter Stress geraten. Dies würde wiederum krisenverschärfend auf die Banken zurückwirken. Denn der Risikoverbund zwischen Bank- und Staatsschulden ist eher enger geworden. So haben vor allem die Banken in Italien, Spanien und Portugal die hohen Bestände an Staatsanleihen in ihren Bilanzen zuletzt noch weiter erhöht (Abbildung 2). Wegen der Schuldenschnitte liegt für Griechenland keine durchgehende Datenreihe vor. Problematisch sind diese Staatsanleihen vor allem deshalb, weil sie

von den Banken nicht mit Eigenkapital unterlegt werden müssen (EU, 2013). Bewertungsverluste von Staatsanleihen würden die Banken deshalb empfindlich treffen.

Abbildung 2

Bestände an Staatsanleihen in den Bankbilanzen

Bestand der von Banken gehaltenen Staatsanleihen in Prozent der Bilanzsumme



Quellen: EZB; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Bei den als notleidend ausgewiesenen Krediten in den Bankbilanzen zeigen sich ebenfalls regional ausgeprägte Unterschiede. Als notleidend gelten Kredite in der Regel bei einem Zahlungsaufschub von 90 und mehr Tagen. Eine einheitliche Definition für die Banken des Euroraums gibt es bisher allerdings nicht. Die Aufgabe der EZB besteht auch darin, eine einheitliche Definition durchzusetzen. Neben einer zu nachlässigen Kreditvergabe ohne ausreichende Prüfung des potenziellen Kreditnehmers sind notleidende Kredite auch ein konjunkturelles Phänomen. Aus diesem Grund treten diese Problemkredite verstärkt in den Ländern auf, die auch eine schlechte makroökonomische Performance aufweisen (siehe Abbildung 1). An erster Stelle steht Zypern mit einem Anteil der Problemkredite von 19,5 Prozent an den gesamten vergebenen Krediten im Jahr 2012. Ebenfalls bedrohlich hohe Zahlen zeigen sich in Griechenland (17,8 Prozent), Italien (11,0 Prozent), Lettland (7,9 Prozent), Portugal (7,0 Prozent) und Spanien (6,4 Prozent). Im Vergleich dazu waren in Deutschland nur 1,7 Prozent der vergebenen Kredite als notleidend eingestuft (EZB, 2013b).

Ergebnisse des IW-Bankenmonitors

Die geografische Verteilung der Kredite gibt wichtige Hinweise darauf, auf welche Länder sich die Bankenprobleme konzentrieren. Diese Auswertung kann aber nur ein Bild in Form eines Durchschnittswerts über alle Banken eines Landes liefern. Sie gibt hingegen keine Informationen über Systemrisiken. Hierzu müsste eine detaillierte Analyse der systemrelevanten Banken durchgeführt werden, bei der die weniger gut aufgestellten Banken im Vergleich zu den besser aufgestellten Banken untersucht werden. Da die großen Banken in einem starken Umfang grenzüberschreitend tätig sind, kann eine Schieflage einer solchen Bank den Euroraum als Ganzes destabilisieren. Ein Beispiel hierfür liefert die Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers, die das globale Finanzsystem mit in den Abgrund gerissen hätte, wenn die Regierungen ihre Bankensysteme nicht mit Rettungsgeldern gestützt hätten (Demary/Schuster, 2013).

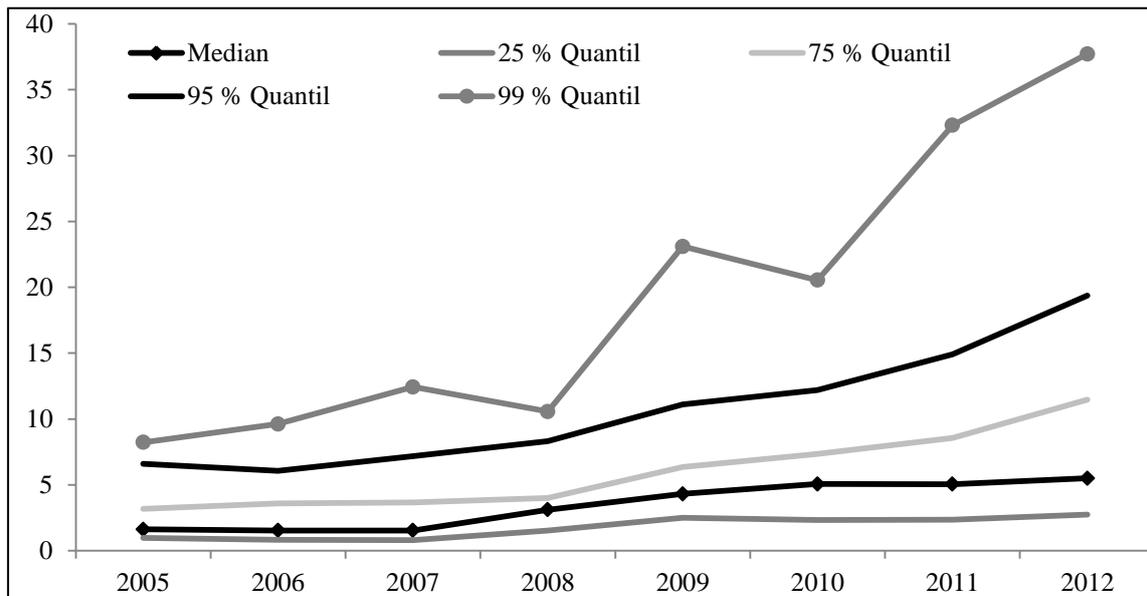
Der IW-Bankenmonitor beschreibt die Situation des Bankensektors des Euroraums. Er basiert auf der Auswertung der von Bloomberg verfügbaren Bilanzdaten der 128 unter EZB-Aufsicht stehenden und als systemrelevant identifizierten europäischen Banken. Mit Blick auf den Anteil der notleidenden Kredite an den insgesamt vergebenen Krediten werden bezüglich der bis zu 66 berichtenden Banken der Median, das 25-Prozent-Quantil, das 75-Prozent-Quantil sowie die 95-Prozent- und 99-Prozent-Quantile gebildet. Der Median gibt zum Beispiel an, dass 50 Prozent der Banken einen höheren oder niedrigeren als den im jeweiligen Jahr gemessenen Wert aufweisen. Abbildung 3 zeigt, dass der Median des Anteils der notleidenden Kredite an allen vergebenen Krediten der Banken gestiegen ist. Dieser lag im Jahr 2012 bei 5,5 Prozent und damit um 3,9 Prozentpunkte über dem Wert des Jahres 2005. Es ist ein stetiger Anstieg seit dem Jahr 2007, dem Beginn der globalen Finanzmarktkrise, zu beobachten. Bis zum aktuellen Rand zeigt die Quote keine Tendenz nach unten an. Daraus kann geschlossen werden, dass die Banken mit dem Abbau an notleidenden Krediten nur schwer vorankommen. Zudem wird eine zunehmende Spreizung zwischen Banken mit vergleichsweise wenigen Problemkrediten und Banken mit vielen Problemkrediten erkennbar: Rund ein Viertel der Banken wies im Jahr 2012 einen Anteil an notleidenden Krediten von mindestens 8 Prozent aus – dies ist erkennbar an der Linie des 75-Prozent-Quantils (Abbildung 3). Dagegen war ein Anteil von mindestens 8 Prozent im Jahr 2005 nur bei unter 1 Prozent der Banken zu beobachten (siehe 99-Prozent-Quantil). Auch wenn 2012 die Hälfte der untersuchten Banken vergleichsweise niedrige Anteile an notleidenden Krediten von unter 5,5 Prozent ausweist, sind alle hier untersuchten Banken aufgrund ihrer Größe und Verflechtung mit dem übrigen Finanzsystem systemrelevant und können bei einer Schieflage nicht problemlos abgewickelt werden. Vor diesem Hintergrund ist es besorgniserregend, dass 5 Prozent der Banken einen Anteil von

knapp 20 Prozent an notleidenden Krediten in ihren Bilanzen haben (siehe 95-Prozent-Quantil). 1 Prozent der Banken (siehe 99- Prozent-Quantil) weist sogar eine Quote von knapp 38 Prozent aus.

Abbildung 3

Notleidende Kredite in den Bankbilanzen

Anteil der notleidenden Kredite nach Quantilen¹⁾ in Prozent der vergebenen Kredite



Angaben für 40 (2005) bis 66 (2012) berichtenden Banken des Euroraums. 1) Das 75-Prozent-Quantil besagt zum Beispiel, dass ein Viertel der Banken einen höheren Anteil an notleidenden Krediten aufweist als der jeweils angegebene Wert.
Quellen: Bloomberg; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Insgesamt ergibt sich bei den untersuchten Banken für das Jahr 2012 ein Betrag von 876,4 Milliarden Euro an notleidenden Krediten. Gut 40 Prozent dieser Kredite konzentrieren sich auf 25 Prozent der untersuchten Banken. 12,3 Prozent entfallen auf 5 Prozent der Banken. Diese Banken haben ihren Sitz in Griechenland, Irland, Italien, Spanien und Zypern. Die Kombination aus Bankenproblemen und gesamtwirtschaftlichen Problemen in diesen Ländern ist durchaus mit Sorge zu sehen.

Eigenkapitaldecke und Verschuldungsgrad der Banken

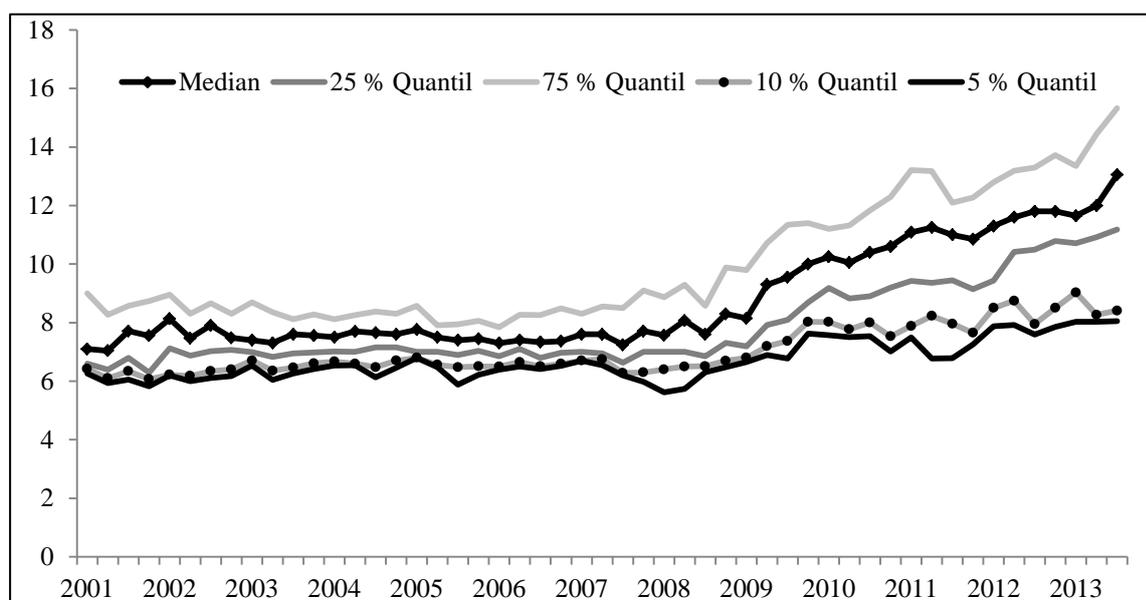
Positiv zu werten ist hingegen, dass sich bei den betrachteten Banken ein deutlicher Trend zu höheren Eigenkapitalquoten zeigt (Abbildung 4). Diese werden durch das Tier-1-Kapital gemessen, das unter anderem Stammkapital, Kapitalrücklagen, Gewinnrücklagen und eigene Aktien im Bestand umfasst. Das Tier-1-Kapital (Kernkapital) gemessen in Prozent der risikogewichteten Aktiva lag in den Jahren 2000 bis 2007 bei der Hälfte der Banken (Median) bei mindestens 7,5 Prozent. Rund ein Viertel der Banken (25-Prozent-Quantil) wies in diesem Zeitraum Werte aus, die unter 7 Prozent lagen. Nur das obere

Viertel der Banken (75-Prozent-Quantil) verfügte dagegen über Eigenkapitalquoten von über 8 Prozent.

Abbildung 4

Eigenkapitalquoten der Banken

Tier-1-Kapital¹⁾ nach Quantilen²⁾ in Prozent der risikogewichteten Aktiva



1) Tier-1-Kapital: unter anderem Stammkapital und Kapitalrücklagen; Angaben für 24 (2001) bis 52 (2013) Banken des Euroraums.

2) Das 75-Prozent-Quantil besagt zum Beispiel, dass ein Viertel der Banken eine höhere Eigenkapitalquote aufweist als der jeweils angegebene Wert.

Quellen: Bloomberg; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Infolge der Bankenrettung nach der Finanzmarktkrise und der Erhöhung der regulatorischen Mindeststandards für Eigenkapital stiegen die Eigenkapitalquoten an. Nur 5 Prozent der Banken (5-Prozent-Quantil) wiesen im dritten Quartal 2013 Eigenkapitalquoten von 8,4 Prozent und weniger aus. Das obere Viertel der Banken (75-Prozent-Quantil) hatte sogar Quoten, die über 15,3 Prozent lagen. Bei der Hälfte der untersuchten Banken (Median) betrug die Quote gut 13 Prozent.

Bis zum Jahr 2019 müssen die Banken im Gefolge des neuen Regelwerks Basel III mehr hartes Kernkapital und weniger Kapital aus anderen Kategorien halten. So muss der Anteil des harten Kernkapitals bei 4,5 Prozent der risikogewichteten Aktiva liegen. Unter Basel II lag er 2,5 Prozentpunkte darunter. Unter Basel III beträgt das zusätzliche Kernkapital nur noch 1,5 Prozent anstatt der 2,0 Prozent gemäß Basel II. Das Ergänzungskapital liegt bei 2,0 Prozent und damit um 2 Prozentpunkte unter dem Wert gemäß Basel II. Zusätzlich muss ein Kapitalerhaltungspuffer von 2,5 Prozent ausgebaut werden. Um konjunkturelle Schwankungen besser zu verkräften, können die Aufsichtsbehörden einen antizyklischen

Eigenkapitalpuffer von bis zu 2,5 Prozent verlangen, für systemrelevante Banken kann zudem ein systemischer Eigenkapitalpuffer von bis zu 5 Prozent angeordnet werden. In der Summe dieser Elemente müsste eine systemrelevante Bank Eigenkapital in Höhe von 18 Prozent der risikogewichteten Aktiva vorhalten. Dieser Aufbau erfolgt stufenweise (Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, 2011; Europäische Kommission, 2013). Für das Jahr 2014 muss diese Quote bei mindestens 11 Prozent liegen. Die Tatsache, dass die Quote bereits im Jahr 2013 nur bei einem Viertel der untersuchten Banken (25-Prozent-Quantil) unter 10,8 Prozent lag, stimmt zuversichtlich. Vor dem Hintergrund eines Abschreibungsbedarfs von notleidenden Krediten oder aufgrund einer Verschlechterung der Lage auf dem Markt für Staatsanleihen ist es aber fraglich, ob diese Quote schon hoch genug ist.

Die Berechnung der Eigenkapitalquote mithilfe von Risikogewichten steht zunehmend in der Kritik. Es bestehen Forderungen, dass das Eigenkapital im Verhältnis zu den ungewichteten Aktiva der Bank gemessen werden sollte. Diese sogenannte Leverage-Ratio wird ab dem Jahr 2015 als Beobachtungsgröße eingeführt (Europäische Kommission, 2013). Diese ist als Mindesteigenkapitalquote von 3 Prozent definiert, wird aber als Leverage-Ratio bezeichnet, da sie einem maximalen Verschuldungshebel von 33,3 entspricht. Durch die Einführung einer solchen risikounabhängigen Höchstverschuldungsquote soll die Hebelwirkung der Verschuldung der Banken begrenzt und die Banken sollen risikoärmer werden (Hartmann-Wendels, 2011). Denn trotz eines angemessenen Werts für die risikogewichteten Aktiva, können Banken eine erhebliche Verschuldung ausweisen, wenn sie sich in Vermögenswerte engagieren, denen ein geringes regulatorisches Risikogewicht zugewiesen wird.

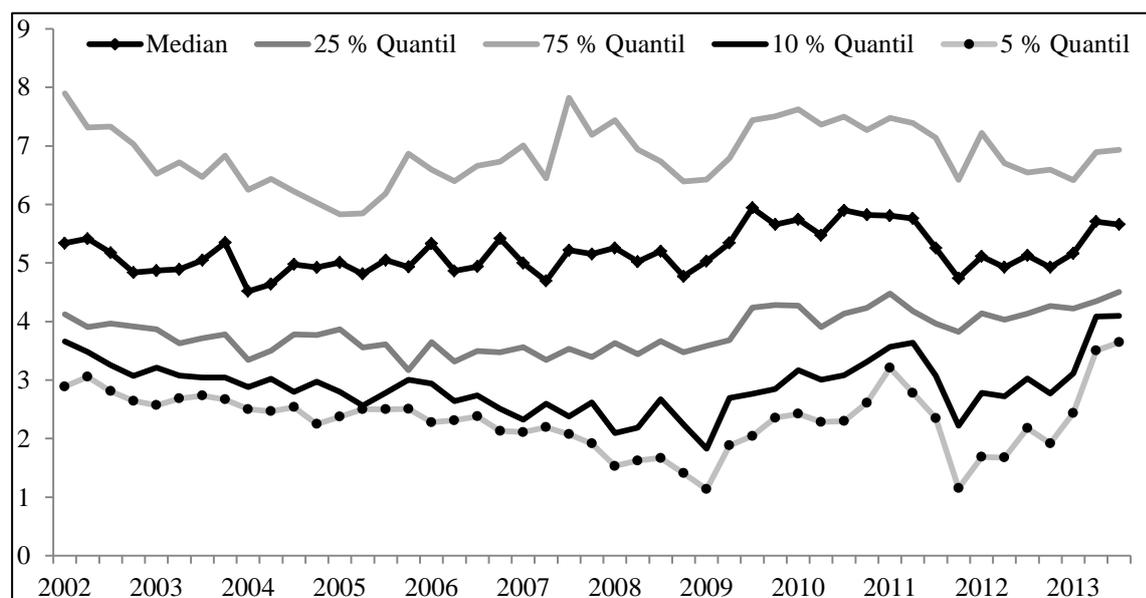
Ungewichtete Eigenkapitalquoten können auf Basis von Bloomberg-Daten als Eigenkapital gemessen an den ungewichteten Vermögenswerten berechnet werden. Außerbilanzielle Geschäfte können dabei nicht berücksichtigt werden, sodass die hier berechneten ungewichteten Eigenkapitalquoten höher als die aufsichtliche Leverage-Ratio ausfallen. Diese Quote wird zur Analyse der Entschuldungsprozesse des Bankensektors im Zeitablauf verwendet. Ihr Einsatz als regulatorisches Instrument ist aber umstritten (Demary/Schuster, 2013). Im dritten Quartal 2013 wiesen 90 Prozent der Banken (10-Prozent-Quantil) eine ungewichtete Eigenkapitalquote von über 4,1 Prozent auf (Abbildung 5). Ende 2011 lag diese noch um 1,9 Prozentpunkte niedriger. Bei der Hälfte der Banken (Median) lag sie zuletzt bei über 5,7 Prozent, beim oberen Viertel der Banken (75-Prozent-Quantil) sogar bei knapp 7 Prozent. Es zeigen sich auch Fortschritte im De-Leveraging bei den höher verschuldeten Banken. 5 Prozent der Banken wiesen Ende 2011 eine ungewichtete Eigenkapi-

talquote von bis zu 1,2 Prozent aus. Bei 10 Prozent der Banken lag sie nur bei bis zu 2,2 Prozent. Auch in diesen beiden Quantilen sind die Quoten zuletzt auf 3,6 Prozent und 4,1 Prozent angestiegen.

Abbildung 5

Ungewichtete Eigenkapitalquoten der Banken

Eigenkapital¹⁾ nach Quantilen²⁾ in Prozent der Bilanzsumme



1) Eigenkapital: Nettovermögen der Banken; Angaben für 33 (2002) bis 55 (2013) Banken des Euroraums. 2) Das 75-Prozent-Quantil besagt zum Beispiel, dass ein Viertel der Banken eine höhere Eigenkapitalquote aufweist als der jeweils angegebene Wert.
Quellen: Bloomberg; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Kurzfristige Refinanzierung der Banken

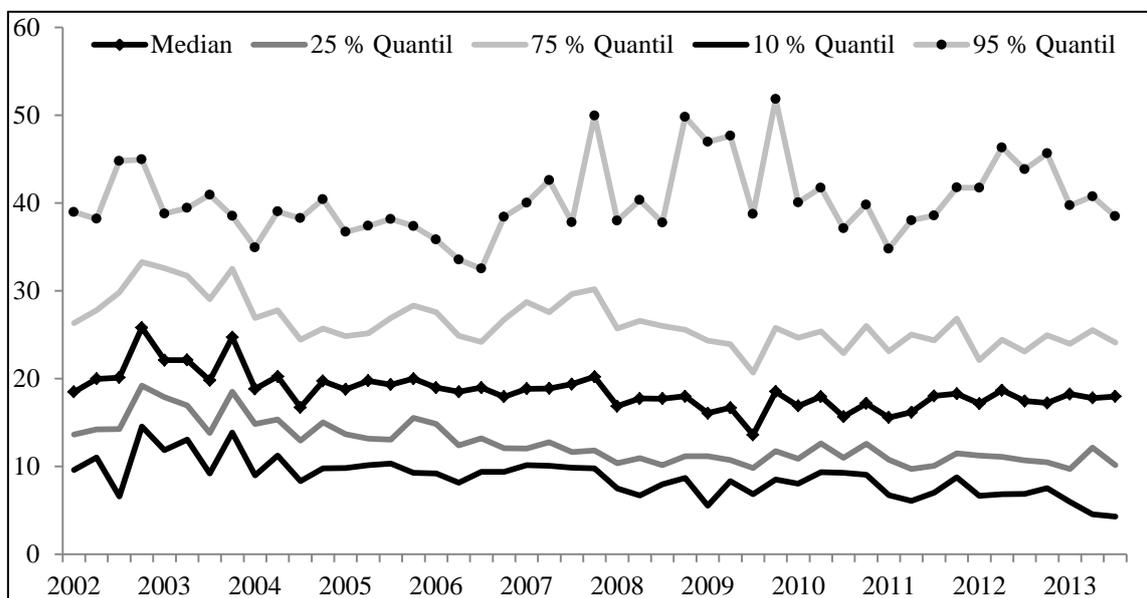
Ein weiteres Stabilitätsproblem von Banken liegt in einer starken kurzfristigen Refinanzierung am Interbankenmarkt. Ist eine Bank auf kurzfristige Kreditmittel angewiesen, so ist sie anfällig für einen Zusammenbruch des Interbankenmarktes, wie er nach der Insolvenz von Lehman Brothers zu beobachten war. Eine starke Zunahme der kurzfristigen Refinanzierung war aber nur bei einem Teil der Banken zu sehen (Abbildung 6). Dagegen refinanzieren sich die meisten Banken durch stabile Kundeneinlagen oder längerfristige Refinanzierungsmittel und sie sind deshalb weniger anfällig für einen Zusammenbruch des Interbankenmarktes. Insgesamt haben die Banken ihre kurzfristige Refinanzierung gemessen am Anteil der kurzfristigen Interbankenkredite und Repo-Geschäfte an der Bilanzsumme sogar reduziert. So lag dieser Anteil im dritten Quartal 2013 bei der Hälfte der Banken (Median) bei unter 18,0 Prozent. Im vierten Quartal 2007 refinanzierte sich die Hälfte der Banken noch mit bis zu 20,2 Prozent durch eine kurzfristige Mittelaufnahme. Es wird aber auch deutlich, dass die kurzfristige Refinanzierung gemessen an der Bilanzsumme beim oberen Viertel der Banken (75-Prozent-Quantil) im gleichen Zeitraum von 30 Prozent auf

24 Prozent gesunken ist. Gleichwohl refinanzierten sich 5 Prozent der Banken (95-Prozent-Quantil) sehr stark kurzfristig. Aber auch bei ihnen ist der Anteil von 49,9 Prozent im vierten Quartal 2007 auf zuletzt 38,5 Prozent gesunken. Diese Banken sind aber dennoch anfällig für ein plötzliches Versiegen von kurzfristigen Kreditmitteln infolge einer Vertrauenskrise. Mit der Einführung von Basel III müssen die Banken ihre Refinanzierung an strengere Liquiditätskennziffern anpassen. Diese sehen vor, dass langfristige Ausleihungen nicht allzu stark durch kurzfristige Mittel refinanziert werden dürfen.

Abbildung 6

Kurzfristige Refinanzierung der Banken

Kurzfristkredite und Repo-Kredite nach Quantilen¹⁾ in Prozent der Bilanzsumme



Angaben für 31 (2002) bis 54 (2013) Banken des Euroraums. 1) Das 75-Prozent-Quantil besagt zum Beispiel, dass ein Viertel der Banken einen höheren Anteil an kurzfristiger Finanzierung aufweist als der jeweils angegebene Wert.

Quellen: Bloomberg; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Profitabilität der Banken

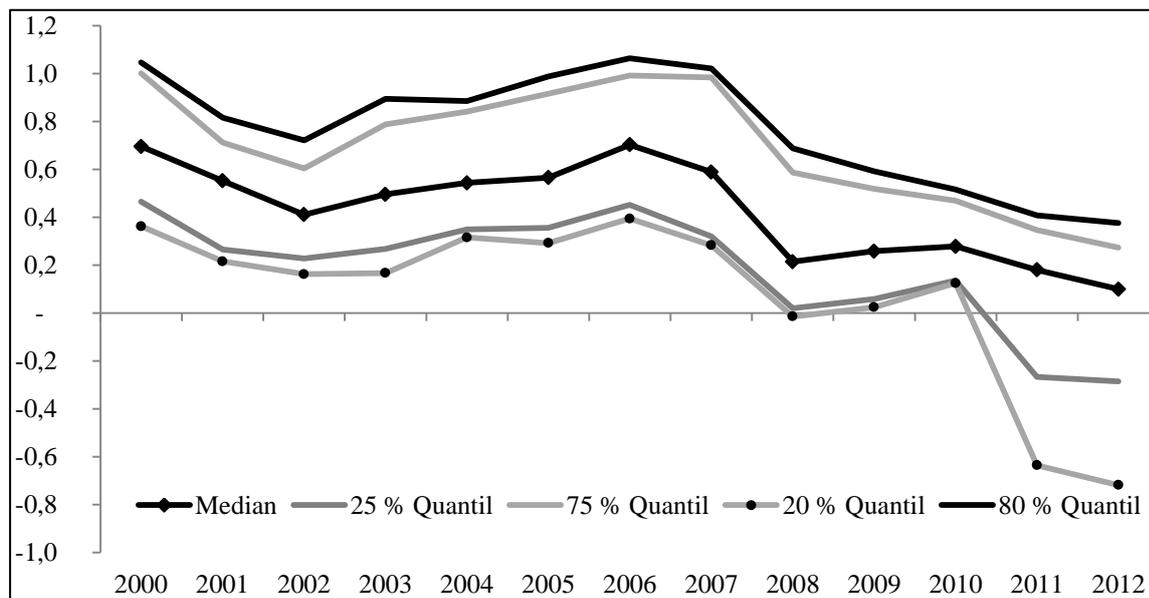
Trotz des Eigenkapitalaufbaus im Bankensektor ist die mangelnde Profitabilität einiger Banken problematisch (Abbildung 7). Rund ein Viertel der untersuchten Banken (25-Prozent-Quantil) realisierte in den Jahren 2011 und 2012 im Gefolge der Euro-Schuldenkrise Verluste. Zudem war rund die Hälfte der Banken nur knapp im positiven Gewinnbereich. So belief sich der Median des Nettoertrags im Verhältnis zur Bilanzsumme im Jahr 2012 auf 0,1 Prozent, während er im Jahr 2000 noch bei 0,7 Prozent lag. Das obere Viertel der Banken (75-Prozent-Quantil) wies im Jahr 2012 eine Ertragsquote von 0,3 Prozent auf. Diese sank ab dem Jahr 2008, als sich die Finanzmarktkrise durch die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers drastisch verschärfte. Das erfolgreichste Prozent der Banken (nicht in Abbildung 7 dargestellt) wies im Jahr 2012 ein Verhältnis

von Nettoerträgen zur Bilanzsumme von 1,4 Prozent auf. Dieses lag im Jahr 2000 noch um 1 Prozentpunkt höher. Hinter der Verringerung der Profitabilität der europäischen Banken steht auch die Notwendigkeit vieler Banken, Rückstellungen für Wertverluste zu bilden, die seit der globalen Finanzmarktkrise angefallen sind.

Abbildung 7

Nettoertrag der Banken

Jahresnettoertrag nach Quantilen¹⁾ in Prozent der Bilanzsumme



Angaben für 65 (2000) bis 100 (2012) Banken des Euroraums. 1) Das 75-Prozent-Quantil besagt, dass ein Viertel der Banken höhere Nettoerträge aufweist als der jeweils angegebene Wert.

Quellen: Bloomberg; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Insgesamt zeigt sich bei vielen der untersuchten Banken eine Ertragsschwäche, die den Aufbau von Eigenkapital durch einbehaltene Gewinne für einige Banken schwer und für andere Banken nahezu unmöglich macht. Um den europäischen Bankensektor zukunftsfähig zu gestalten, müssen Banken profitabel sein. Aus stabilitätspolitischen Gründen ist es aber wichtig, dass die Banken ihre Erträge nicht durch riskante Geschäfte erwirtschaften, sondern, dass sie auch im risikoarmen Geschäft profitabel sind. Eine lang anhaltende Niedrigzinsphase kann hier zu einer Gefahr werden (Deutsche Bundesbank, 2013). Denn sie setzt über die Beeinträchtigung der Profitabilität der Banken in ihrem Kerngeschäft Fehlansätze hin zu einem "search for yield" in risikoreicheren Aktiva und kann so Stabilitätsrisiken generieren.

Politikempfehlungen

Aus der vorangegangenen Analyse lässt sich ableiten, dass der Bankensektor im Euroraum vor einem längeren Strukturwandel steht, der durch die krisenhafte Entwicklung der letzten Jahre sowie durch höhere regulatorische Anforderungen und die Bilanzprüfung der EZB angestoßen wird. Die Auswertungen des IW-Bankenmonitors zeigen, dass sich ein großer Anteil an notleidenden Krediten auf wenige Banken konzentriert. Die Größe dieser Banken ist aber so erheblich, dass deren Schieflage das europäische Finanzsystem destabilisieren kann. Zwar haben die Banken mit dem Aufbau an Eigenkapital begonnen, problematisch ist aber die erhebliche Ertragsschwäche einiger Banken. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Bankenunion noch im Aufbau befindet und die Restrukturierungs- und Abwicklungsinstrumente der Finanzaufsicht noch nicht einsatzbereit sind. Aufgrund des geschwächten makroökonomischen Umfelds und zahlreicher ungelöster Problemfelder in einigen Ländern des Euroraums, könnten schlechte Nachrichten infolge der Bilanzprüfung zu einem erneuten Ausbruch einer Vertrauenskrise führen und die Finanzmärkte destabilisieren. Für die EZB ist es daher wichtig, systemische Risiken möglichst zu minimieren. Die folgenden Empfehlungen ergeben sich aus dieser Analyse:

- Die Überprüfung der Banken durch die EZB und vor allem der Stresstest müssen sehr strikt erfolgen, um neues Vertrauen zu schaffen. Die EZB darf nicht das gleiche Schicksal erleiden wie die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), deren Ruf durch mangelnde Konsequenzen bei vorigen Stresstests erheblich beschädigt wurde.
- Damit die Kommunikation von Problemen bei den Banken oder einer Abwicklungsempfehlung nicht zu einem erneuten Vertrauensverlust am Finanzmarkt führt, sollte die EZB im Vorfeld deutlich darlegen, wie sie mit Problemen umgehen wird. Hierzu gehören auch die Kommunikation von Abwicklungsmaßnahmen und deren Finanzierung durch das Abwicklungsgremium des SRM.
- Das Instrument für einen Bail-in ist erst ab 2016 einsatzbereit. Ob und in welchem Rahmen eine Rekapitalisierung unterkapitalisierter Banken über eine Gläubigerbeteiligung trotzdem stattfindet, sollte von der EZB und der Europäischen Kommission erläutert werden.
- Zudem sollte die EZB ihre umfangreichen Daten nutzen, um die Vernetzung der Banken besser zu verstehen. Wenn die Gläubiger einer notleidenden Bank hauptsächlich aus anderen Banken bestehen, dann führt ein Bail-in zu Verlusten in großen Teilen des Bankensystems und dies kann eine systemische Krise auslösen. Der Vorschlag der Liikanen-Kommission, dass ein Teil der Bankanleihen außerhalb des Bankensektors gehalten werden sollte, würde dieses Systemrisiko abmildern (Liikanen et al., 2012). Die Implementierung einer solchen Regulierung würde aber viel Zeit in Anspruch nehmen. Denn ein liquider Markt für diese Finanzinstrumente kann nur entstehen,

wenn sie von den Investoren auch nachgefragt werden. Dazu müssten die Anleihen vertraglich so gestaltet sein, dass ihre Preise die Risiken widerspiegeln. Dazu ist es notwendig, dass ein Bail-in nicht durch die Aufsichtsbehörden ausgelöst wird, sondern durch eine am Markt beobachtbare Größe wie die Eigenkapitalquote.

- Staatsanleihen stellen immer noch ein nennenswertes Risiko für den Bankensektor dar. Ein Grund für die starke Anfälligkeit einiger Banken für Staatsschuldenkrisen ist deren starkes Engagement in Staatsanleihen. Dies resultiert aus einer fehlenden Eigenkapitalunterlegung von Staatsanleihen und einer fehlenden Großkreditbeschränkung für Staatsanleihen (Demary/Schuster, 2013). Beides sollte langfristig im Bankenregulierungsrahmen verankert werden.
- Auch sollte der Aufbau der Bankenunion zügig vorangebracht und auf eine rechtssichere Grundlage gebracht werden.

Literatur

Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, 2011, A Global Regulatory Framework for More Resilient Banks and Banking Systems, Basel

Demary, Markus / Schuster, Thomas, 2013, Die Neuordnung der Finanzmärkte: Stand der Finanzmarktregulierung fünf Jahre nach der Lehman-Pleite, IW-Analysen, Nr. 90, Köln

Deutsche Bundesbank, 2013, Finanzstabilitätsbericht 2013, Frankfurt am Main

EU – Europäische Union, 2013, Regulation (EU) No 575/2013 of the European Parliament and of the Council of 26 June 2013 on Prudential Requirements for Credit Institutions and Investment Firms and Amending Regulation (EU) No 648/2012, Official Journal of the European Union L176, Vol. 56, v. 27.6.2013, Brüssel

Europäische Kommission, 2013, CRD IV/CRR – Frequently Asked Questions, Memo 13/272, http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-272_en.pdf [9.4.2013]

Europäisches Parlament, 2013, Deal Reached on Bank "Bail-in Directive", Pressemitteilung, v. 12.12.2013, <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131212IPR30702/pdf> [20.2.2014]

EZB – Europäische Zentralbank, 2013a, Note Comprehensive Assessment October 2013, <http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/notecomprehensiveassessment201310en.pdf?065ff8953213aaf23e385c1119dd541a> [18.2.2014]

EZB, 2013b, Statistical Data Warehouse, Consolidated Banking Data, Gross Total Doubtful and Non-Performing Loans [% of Total Debt Instruments and Total Loans and Advances], http://sdw.ecb.europa.eu/browseSelection.do?DATASET=0&sf1=3&sf2=4&REF_AREA=*MU&sf3=4&sf4=4&CB_ITEM=73616&node=71390 [20.2.2014]

Goecke, Henry, 2013, Europa driftet auseinander – Ist dies das Ende der realwirtschaftlichen Konvergenz?, in: IW-Trends, 40. Jg., Nr. 4, S. 67–79

Hartmann-Wendels, Thomas, 2011, Reform der Bankenaufsicht und Auswirkungen auf die Kreditvergabe der Banken, Sparkassen und genossenschaftliche Kreditinstitute, Gutachten im Auftrag von Die Familienunternehmer – ASU e.V., Berlin

IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2013, Auftrieb mit wenig Rückenwind – IW-Konjunkturprognose Herbst 2013, in: IW-Trends, 40. Jg., Nr. 3, S. 101–143

Liikanen, Erkki et al., 2012, High-level Expert Group on Reforming the Structure of the EU Banking Sektor, Final Report, Brüssel, http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/barnier/headlines/news/2012/10/20121002_en.htm [13.5.2013]

Rat der Europäischen Union, 2013a, Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinien 77/91/EWG und 82/891/EG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG und 2011/35/EG sowie der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, 2012/0150(COD), 28.6.2013, Brüssel

IW Bank Monitor: Will the European Central Bank's Health Check for Banks Restore Confidence in the Eurozone?

Before the European Central Bank assumes its role as ultimate bank supervisor of the Banking Union in November 2014, it is to subject the 128 largest system-relevant banks in the Eurozone to a comprehensive balance sheet review. The IW Bank Monitor has been developed to provide ongoing scientific assessment of the consolidation process in the banking sector and the establishment of the Banking Union. The analyses indicate that, while the majority of the banks under scrutiny are stable, a limited few must be assumed to have considerable problems. If a further crisis of confidence is to be avoided, the European Central Bank should already be communicating its strategies for tackling these problems.